



WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

CHINA

Wettbewerber, Partner, Systemrivale

Patrick Fruth

Vorsitzender des Ausschusses Außenwirtschaft

München, 15. Mai 2023

Ottostraße 5, 80333 München,

Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: info@wbu.de

Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner

Inhaltsverzeichnis

I.	Kooperation mit China überdenken, aber nicht abbrechen.....	3
II.	Mit China auf Augenhöhe im Geschäft bleiben.....	3
III.	Deutschland muss resilienter, innovativer, wettbewerbsfähiger werden.....	4
IV.	Globalisierung fortführen, Handel weltweit diversifizieren.....	5

I. Kooperation mit China überdenken, aber nicht abbrechen

China ist in historisch kurzer Zeit zu einem der wichtigsten Wirtschaftspartner Bayerns und Deutschlands geworden. Eine immer engere und tiefere Kooperation war Grundlage für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung in beiden Ländern. Das Verhältnis mit China hat sich in jüngster Zeit aber eingetrübt. Die Volksrepublik reklamiert immer robuster einen Platz als Weltmacht, sieht das eigene Gesellschaftsmodell als Alternative zum freiheitlichen, demokratischen Westen. Die Entwicklungen in der Straße von Taiwan sind besorgniserregend. Hinzu kommt eine aggressive, strategisch ausgerichtete Wirtschafts- und Handelspolitik einschließlich massiver Subventionen für eigene Unternehmen. Über die Menschenrechtssituation in der Provinz Xinjiang dürfen wir nicht hinwegsehen. Deutschland muss sein Verhältnis zu China im Spannungsfeld Wettbewerb, Kooperation, Systemrivalität überdenken.

II. Mit China auf Augenhöhe im Geschäft bleiben

Dabei gilt auch in Zukunft: Grenzüberschreitender Wirtschaftsaustausch und internationale Arbeitsteilung führen zu mehr Produktivität, mehr Beschäftigung und Wohlstand für alle Beteiligten. China wird weiter ein dynamisch wachsender Markt bleiben, dessen Potenziale wir nutzen sollten, wegen seiner Größe und seiner hohen Dynamik als Leitmarkt für Innovationen. Wirksame globale Klimapolitik ist ohne China nicht möglich und für eine CO₂-neutrale Wirtschaft brauchen wir dortige Rohstoffe.

Kooperation muss aber auf Augenhöhe stattfinden. Die Bundesregierung muss sich für ein regelbasiertes Handelssystem einsetzen mit einer gegenseitigen Öffnung der Märkte durch ein Level-Playing-Field und durch Reziprozität. Starke einseitige Abhängigkeiten wie z. B. bei Rohstoffen und seltenen Erden sind durch eine stärkere Diversifizierung abzubauen. Wir dürfen nicht so abhängig werden, dass wir erpressbar sind. Eine vollständige Abkoppelung von China wäre aber falsch.

In der skizzierten Grundlinie muss Einigkeit in der EU erreicht werden. Zudem kommt es darauf an, einen engen Schulterschluss mit den USA im Umgang mit China herzustellen. Es gilt, eine enge Abstimmung zwischen den strategischen westlichen Partnern der freiheitlichen Demokratien zu erreichen und ein gemeinsames Auftreten anzustreben. Es darf keinen Zweifel geben, dass wir für unsere großen Werte Demokratie, Freiheit, Menschenrechte, Soziale Marktwirtschaft einstehen.

III. Deutschland muss resilienter, innovativer, wettbewerbsfähiger werden

Damit Europa und Deutschland im Systemwettbewerb mit China Schritt halten und sich behaupten können, müssen wir wettbewerbsfähiger werden. Wir müssen mit eigenen Stärken punkten. Nur aus einer Position der Stärke können wir China, Russland und Indien, aber auch unserem engen Partner USA auf Augenhöhe begegnen.

Es ist Zeit, in Deutschland eine neue Wachstumsagenda aufzulegen, die Standort- und Rahmenbedingungen grundlegend zu verbessern und den Trend der schleichenden Deindustrialisierung zu stoppen. Wir müssen die Industrie erhalten und Start-ups sowie Personenunternehmen in Mittelstand und Handwerk Perspektiven am Standort Deutschland und Europa bieten. Deutschland muss eine Führungsrolle in allen Feldern der Hochtechnologie erreichen und eine ambitionierte Forschungs-, Technologie-, Innovations- und Investitionsagenda aufsetzen.

Weder schuldenfinanzierte Subventions- und Umverteilungstöpfe der EU oder Deutschlands noch staatliche gelenkte grüne Leitmärkte können die Wirtschaft nachhaltig stärken. Statt mehr Transfers sind mehr Strukturreformen in den europäischen Mitgliedstaaten wie in Deutschland erforderlich. Industrie darf nicht auf grüne Technologien verengt werden, sondern muss in ganzer Breite erhalten werden. Protektionismus ist zu vermeiden. Wir können uns keinen Handelskrieg mit den USA leisten. Eine tiefere transatlantische Zusammenarbeit ist wichtiger denn je.

Von größter Bedeutung ist es, die Bürokratisierungswelle zu brechen. Die vorliegenden Regelungen und Pläne zum Lieferkettengesetz und ESG sind nicht praktikabel, vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen nicht zu stemmen. Es ist auch der falsche Ansatz, Unternehmen für politische Ziele einzusetzen, welche die Politik selbst klären muss. Neue Reglementierungen sollten vor Verabschiedung einem Praxistest unterzogen werden. Die EU darf die Industrie nicht mit einer überzogenen Chemikalienverordnung aus Europa vertreiben. Es ist ein sofortiges Bürokratiemoratorium zu verankern.

Mehr Wettbewerbsfähigkeit setzt eine höhere Investitions- und Innovationsdynamik voraus. Dafür brauchen die Betriebe Spielräume. Eine grundlegende Steuerreform ist überfällig. Dazu gehören eine Senkung der Belastung thesaurierter Gewinne auf 25 Prozent, die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages, eine wuchtige steuerliche Forschungsförderung, eine steuerliche Förderung der Start-up-Finanzierung und die Anerkennung der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe etc.

Darüber hinaus gilt es, das Arbeitsrecht zu flexibilisieren. Die formalistische Arbeitszeitkontrolle erstickt Flexibilität. Um den Industriestrompreis international wettbewerbsfähig zu halten, brauchen wir mehr Wettbewerb, aber kein Drehen an Marktpreisen und am Strom-Markt-Design. Mehr Technologieoffenheit, mehr Angebot (Kernkraft, heimische Gasförderung), mehr Markt – so muss die energiepolitische Linie lauten. Die Digitalisierung der Verwaltung muss mit Hochdruck angegangen werden. Das bringt nicht nur mehr Effizienz in die öffentliche Verwaltung, sondern über Aufträge auch einen Konjunkturimpuls für die Wirtschaft.

Auf europäischer Ebene gilt es, den Energiebinnenmarkt zu vertiefen und einen funktionsfähigen Kapitalbinnenmarkt zu schaffen. Die EU muss einen Schwerpunkt auf große europäische Infrastrukturprojekte legen. Eine Projektfinanzierung von Infrastrukturprojekten in den Mitgliedstaaten durch die EU kann eine der Antworten auf die chinesische Seidenstraße sein. Wir brauchen einheitliche Lösungen in Digitalisierungsstandards statt 27 nationale Lösungen. Deutschland muss auf nationale Alleingänge (Energiepolitik, Rüstungsexportkontrolle) verzichten und seine berechtigten eigenen Interessen in eine gemeinsame EU-Politik einbetten.

Eine große Bremse wirtschaftlicher Souveränität ist der Arbeitskräftemangel. Dazu gilt es, das Renteneintrittsalter zu erhöhen und zu flexibilisieren, die inländische Erwerbsbeteiligung zu steigern, eine gesteuerte Zuwanderung auszubauen, ausländische Fachkräfte weltweit gezielt zu akquirieren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundlegend zu verbessern.

IV. Globalisierung fortführen, Handel weltweit diversifizieren

Wohlstand, wirtschaftlicher Erfolg, gute Arbeitsplätze, hohe Lebensqualität, nachhaltige Entwicklung in Deutschland und Bayern beruhen in hohem Maße auf der starken Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Das wird auch in einem veränderten geopolitischen Umfeld so bleiben. Wir müssen diesen Entwicklungen Rechnung tragen und die Handelspolitik neu ausrichten. Dabei geht es darum, die internationale Arbeitsteilung durch neue Freihandelsabkommen weiter zu vertiefen, Hürden wo immer möglich abzubauen und durch Erschließung neuer Wachstumsmärkte weiter zu diversifizieren. Nicht zuletzt kann eine weitere Vertiefung des europäischen Binnenmarktes substantielle Wachstumspotenziale heben.

Allem voran kommt es spätestens jetzt darauf an, die transatlantische Zusammenarbeit mit den USA weiter zu stärken und zu vertiefen. TTIP war eine verpasste Chance. Eine stärkere Zusammenarbeit im transatlantischen Handels- und Technologierat ist zu begrüßen. Eine umfassende Senkung der Industriezölle könnte wertvolle Impulse geben. Langfristig sollte ein weitreichendes Freihandelsabkommen mit den USA auf der Agenda bleiben. Die Europäische Antwort auf den Inflation Reduction Act darf nicht in protektionistischen Maßnahmen enden. Ein Handelsstreit mit den USA würde allen schaden. Die deutsche und europäische Antwort auf den Inflation Reduction Act muss darin liegen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Wirtschaft wie der Industrie sowie des europäischen Standortes zu steigern. Nur starke Partner diesseits und jenseits des Atlantiks können eine regelbasierte Weltwirtschaftsordnung durchsetzen.

Jenseits von China gibt es weltweit eine Reihe von vielversprechenden Wachstumsmärkten, die für eine stärkere Diversifizierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen genutzt werden können. Dazu gehören vor allem Indien, ASEAN, Afrika und Lateinamerika.

Eine offensive Handelspolitik der EU mit Öffnung dieser Märkte stärkt unsere Wirtschaft und einen regelbasierten weltweiten Handel. Diese Handelsabkommen dürfen aber nicht so weit überfrachtet werden, dass sie für Partnerländer uninteressant werden. Das Handelsabkommen der EU mit MERCOSUR muss zügig zum Abschluss gebracht werden. Generell brauchen wir bei Freihandelsabkommen ein höheres Tempo.

Europa und Deutschland müssen zügig eine Rohstoffstrategie entwickeln. Dem dient die skizzierte Diversifizierung der Weltwirtschaftsbeziehungen. Es gilt aber auch, heimische Ressourcen stärker zu nutzen. So muss die Rohstoffgewinnung und Vorprodukt-Fertigung durch bessere Standort- und Rahmenbedingungen bei uns attraktiver gemacht werden.

Im Kontext des globalen Systemwettbewerbs hat die strategische Bedeutung der technischen Normung und Standardisierung zugenommen. Ein starkes europäisches Normungs- und Standardisierungssystem verbunden mit einem stärkeren Engagement der Wirtschaft in internationalen und europäischen Normungsgremien ist für die strategische Souveränität der EU von zentraler Bedeutung – insbesondere bei Zukunftstechnologien.

Fazit: Die geopolitischen Konstellationen verändern sich gewaltig. Konzentration auf die eigenen Stärken und deren Belebung, selbstbewusster Auftritt auf den globalen Märkten, beherzter Eintritt für die eigenen strategischen weltwirtschaftlichen Interessen, Offenheit für eine intensivere weltwirtschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe und die eigene Sicherheit im Blick, das ist der strategische Kurs, der auch in Zukunft Wohlstand, Sicherheit und Nachhaltigkeit garantiert. ■